

Der vierte Tag der Etatsberatung.

186. Reichstags-Sitzung. (Fortsetzung)

Hg. Landsberg (Soz.) schloß mit der Erklärung, das Mißtrauen der Rechten erhöhe das Vertrauen seiner Freunde zu dem Bizekanzler. (Lebhafter Beifall links.)

Staatssekretär Wallraf:

Man hat darauf verwiesen, daß die Regierung ja gar keine Veranlassung gehabt hätte, dem Streit entgegenzutreten, weil die Streitenden Forderungen der Verwirklichung hätten näherbringen wollen, für die — wie die preussische Wahlrechtsreform — auch die Regierung sei. Hätte es nicht viel näher gelegen, daß man den streikenden Arbeitern gesagt hätte, sie brauchen wegen dieser Forderungen gar nicht zu streiken, denn die Regierung habe sich längst bereit erklärt, sie durchzuführen. (Sehr richtig!) Dann hat man auf die Haltung anderer Parteien verwiesen. Gleiches läßt sich aber nur mit Gleichem in Parallele stellen. Der Minister nimmt eine andere Stellung ein wie ein lokaler Beamter. Und wenn ich wie der bayrische Ministerpräsident D a n d l den Mehrheitssozialisten dafür gedankt hätte, daß sie die Führung der Bewegung in die Hand genommen haben, ich hätte mich hier in Berlin mit der Geschichte in Widerspruch gesetzt, denn hier war von Führung doch keine Rede, hier war der Streit gegen Ihren Willen ausgebrochen. (Abg. Dr. David: In München auch!) Unrichtig ist, daß während der Streikruhen sechs Arbeiter erschossen worden seien. Wohl sind einige Arbeiter verletzt worden, aber keine ist den Verletzungen erlegen. Dagegen steht ebenso amtlich fest, daß neben dem erschossenen Wachtmeister insgesamt 21 Schutzeute durch Schüsse, Stiche oder Steinwürfe mehr oder weniger schwer verletzt worden sind. (Hört, hört!) Wir danken der Polizei nochmals für ihre Pflichterfüllung. Eine weitere Auseinandersetzung mit Herrn Haase ist überflüssig, denn bei einem Mann, der über die Not des Volkes klagt, den Frieden um jeden Preis verlangt und den Frieden mit der Ukraine ablehnt, der unsere Ernährungsverhältnisse bessern soll, kauft in der Ideenwelt eine Bilde, die auch der beste Wille nicht zu überbrücken vermag. (Zustimmung.)

Hg. Rieher (Natl.):

Abg. Landsberg sagte, es wäre ihm lieber, wenn die Einmütigkeit, die in der nationalliberalen Reichstagsfraktion für das gleiche Wahlrecht besteht, in der preussischen Abgeordnetenhausfraktion vorhanden wäre. Ich kann ihm mit zwei Worten antworten: Uns auch. (Heiterkeit und Zustimmung.) Ich glaube, daß unser Volk in diesem Kriege nur siegen kann, wenn es als höchste Frucht aller Opfer ein reichliches Quantum von der Stimmung des 4. August, von der Solidarietät aller Stände nach der Parole „Jeder denke an des Anderen Not“ sich bewahrt. Wir brauchen vor allem die einheitliche Ueberzeugung, daß die gesamte Wirtschaft nur gedeihen kann beim Wohlsein und Gedeihen aller Stände und Berufs. Mäander scheinbar unverständliche Gegenläufe zwischen Unternehmern und Arbeitern, den wir lange genug mitgeschleppt haben, könnte bei gegenseitig wirtschaftlichen und sozialen Verständnis und bei weiser einsichtsvoller Selbstbeschränkung auf beiden Seiten ausgeglichen werden. Es ist doppelt verwerflich, wenn die Herabsetzung ganzer Stände aus politischen oder taktischen Gründen erfolgt, die dann ihre schlimmen Gegenstücke in falschen Judikatur auch der Gerichte finden muß.

Es kann nur mit wärmstem Dank anerkannt werden, daß uns unsere Kriegswirtschaft

die Ernährungswirtschaft, die Rohstoffbewirtschaftung usw., angesichts unserer Abschließung vom Meer, angesichts unserer ungemessen schwierigen Lage über diese Zeit hinweggebracht hat und weiter hinwegbringen wird, unterstützt von einer männlichen und weiblichen Bevölkerung im Innern, die im Entzagen und im Dulden hinter den Heldentaten unserer unergleichlichen Kämpfer an der Front kaum zurücksteht. Ob das System der Kriegswirtschaft sich als Ganzes bewährt hat, darüber ist nach meiner Ueberzeugung ein abschließendes sicheres Urteil vorläufig noch nicht möglich. Angesichts unserer Abschließung vom Meer, angesichts des bereits im Frieden vorhandenen starken Defizits sowohl an landwirtschaftlichen wie an industriellen Rohstoffen war es gar nicht anders möglich, als daß eine zwangswirtschaftliche Bewirtschaftung fast der gesamten Wirtschaft eintreten mußte. Nach meiner Ueberzeugung war es aber ein Versuch am untauglichen Objekt mit untauglichen Mitteln, trotz des Fehlens des freien Marktes und des fast völligen Ausschusses des freien Handels und des freien Wettbewerbes, einen sogenannten angemessenen Preis für die Gegenstände des öffentlichen Bedarfs feststellen zu wollen. Das war eine Aufgabe, die gescheitert ist und scheitern mußte.

Mit der Gründung der Kriegsgesellschaften ging ein Zrommelfeuer von Bundesratsverordnungen und anderen Verordnungen von nachgeordneten Reichs-, Landes- und kommunalen Stellen in Hand. Wir sind durch die Zwangswirtschaft in den Staatssozialismus hineingekommen. Diese Gelegenheitsorganisationen haben oft viel mehr Schaden im Geleise gehabt als Nutzen. Es ist aus dem Charakter dieser Gelegenheits-schöpfungen abzuleiten, daß die Kriegsgesellschaften häufig nicht miteinander und füreinander, sondern auseinander und gegeneinander gearbeitet haben, so daß schließlich auch für den objektiven Betrachter in diesem Chaos doch der Eindruck eines furchtbaren Durcheinanders entstanden ist. Wenn man nicht ein ganz eifriger Statistiker ist, ist es einem kaum mehr möglich, heute in Deutschland die Zahl der Verordnungen zu übersehen, und noch viel weniger, ihren Inhalt zu kennen. Diese Ueberproduktion an Gesetzen vermindert die Achtung vor dem Gesetze selbst. Die Schnelligkeit, mit der man über hat vorgehen müssen, hat dazu geführt, daß sehr oft rasche Änderungen und Ermäßigungen der Verordnungen erfolgen mußten, die die schon bestehende Verwirrung noch erhöhen. Dazu kommt, daß die Interessenten leider nicht in gehöriger Zahl rechtzeitig gehört wurden. Das müssen wir aber um so mehr verlangen, als der Reichstag auf eine Mitwirkung beim Erlaß von wirtschaftlichen Verordnungen verzichtet hat.

Die Führung von Strafbestimmungen, mit denen jetzt die Kriegsverordnungen mit einer Sicherheit zu schließen pflegen wie das Gebot mit dem Amen, bedeuten eine so bedenkliche Verwässerung des Begriffs der Strafe überhaupt, die man nur als gefährlich bezeichnen kann. Dabei sind die Strafen häufig so bemessen, daß sie nach unseren juristischen Friedensbegriffen mit der Schwere des Vergehens gar nicht im Einklang stehen. Da geht auch viel von der Achtung vor dem Gesetze, ja viel von der Furcht vor Bestrafung, von der beabsichtigten Abschreckung und sogar viel von der Achtungsminderung verloren, die ein Beurteilter bei seinen Mitbürgern erleiden soll. Wir fordern, daß mit der Produktion von Verordnungen, Bekanntmachungen, Verfügungen nicht in einem Tempo fortgefahren werde, das mit dem Heberhaften Tempo unserer früheren Volksvermehrung Schritt hält. (Weiterkeit.) Ich würde eine Abhilfe vor allem darin finden, daß Verordnungen überhaupt nicht erlassen werden, ohne daß sie vorher im Reichswirtschaftsrat zur Prüfung vorgelegt haben. Die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Anordnungen besteht während der Dauer des Krieges mit der Maßgabe, daß der Reichstag nach Kenntnisnahme jederzeit die Aufhebung

solcher Verordnungen verlangen kann. Ich bin der Meinung, daß das Ermächtigungsgesetz verlängert werden muß. Ich halte eine solche Ermächtigung für notwendig, wenn sie auch nur auf kurze Zeit gegeben und dann von neuem wieder verlängert werden soll. Was das Wirtschaftsam innerhalb der Zeit seiner Ermächtigung getan hat, ist gültig, auch wenn es sich über die Zeit der Ermächtigung hinaus erstreckt.

Die Zahl der Kriegsgesellschaften ist geradezu ungeheuer, und das Symptom einer ungefunten und nach mehr als einer Richtung bedenklichen Ueberorganisation. So gibt es zum Beispiel neben der Kriegsgesellschaft die Riemensriegelgesellschaft, die Kontrolle für freigegebenes Leder, die Guchachterkommission für Lederhörschneiderei und die für Schuhwarenpreise, die Erbsenrohstoffgesellschaft, die Reichsleder-Handelsgesellschaft und die Sattlerledergesellschaft. Dazu kommt aber noch der Ueberwachungsausschuß der Schuhindustrie mit elf unmittelbaren Herstellungs- und Betriebsgesellschaften an verschiedenen Orten. Ähnlich ist es bei den Fischen. Die Geschäftsführung ist zu bürokratisch.

Der Handel treibt eine richtige Heimatpolitik, wenn er mit internationalen Verbindungen nationale Arbeit leistet. Es ist eine unverantwortliche Torheit, den Handel auszuschließen. Man wirft Millionen weg, wenn man den Handel den Einkauf nicht besorgen läßt. Der freie Handel allein kann verhindern, daß in großen Gebieten Ueberfluß und Mangel ständig abwechseln. Nur der freie Handel kann eine wirkliche rationelle Rationierung erreichen. Er kann die Verteilung von Nahrungsmitteln und Futtermitteln besser besorgen, als es jetzt geschieht ist. Wir lehnen grundsätzlich Staatsmonopole einschließlich des Getreidemonopols ab. Bei ihrer Einführung würde von dem gesamten freien Wirtschaftsverkehr der Friedenszeit zur Freude unserer Feinde so gut wie gar nichts übrig bleiben.

In der Frage der Stilllegung und Zusammenlegung der Betriebe schreiten wir uns der Entscheidung des Ausschusses für Handel und Gewerbe an. Die im Kriege stillgelegten Betriebe sollen in der Uebergangszeit tunlichst bald wieder aufgenommen werden, durch schleunige Zuweisung von Betriebsstoffen usw.

Wir sind heute schon in der Uebergangszeit

mitten drin durch den Friedensschluß mit der Ukraine und durch die in Aussicht stehenden Vereinbarungen mit dem übrigen Rußland und Rumänien. Eine gewisse staatliche Aufsicht wird auch in der Uebergangszeit nicht zu vermeiden sein. Vieles von dem aber, was man heute sorgfältig vorbereitet, wird durch die praktischen Erfahrungen nach dem Kriege umgestoßen oder geändert werden müssen. Die Uebergangszeit muß so kurz wie möglich bemessen sein. Die eigentliche Geschäftsführung muß den beteiligten Organisationen, der Landwirtschaft, dem Handel, der Industrie, dem Handwerk usw. überlassen bleiben.

Als bald nach dem Kriege hat ein möglichst zu beschleunigender Abbau der Kriegsstellen und Kriegsgesellschaften zu erfolgen. Die Devisenordnung als Ganzes wird nicht erhalten bleiben. Der Weltverkehr muß so rasch wie möglich eröffnet werden. Ein höherer Kopf würde die sofortige Zulassung des freien Handels, der freien Landwirtschaft, der freien Industrie bestimmen. Schlimmes könnte keineswegs geschehen. Eine Jolleinigung mit Oesterreich-Ungarn würde nur eine Rückversicherung für den Fall eines künftigen Krieges sein. Sie darf aber den deutschen Ueberseeverkehr nicht hindern. (Sehr richtig!) Vorausgesetzt, daß wir einen ehrenvollen Frieden erhalten, dann werden wir eine kürzere Uebergangszeit haben als selbst Optimisten jetzt annehmen. Wir werden einen Aufschwung wirtschaftlicher Art erleben, wie wir ihn noch nie gehabt haben. (Beifall.) Für uns sehr erfreulich ist die Tatsache, daß wir kein Moratorium brauchen. Darum wird uns das Ausland ein großes Vertrauen entgegenbringen. Ich bitte die deutschen Kaufleute dringend, so weit wie nur irgend möglich ist, ihre früheren Angestellten, namentlich die älteren, wieder einzustellen. (Sehr richtig!)

Eine allgemeine Sehnsucht ist entstanden, diesen Kriegssozialismus mit allen seinen Begleitererscheinungen möglichst bald verschwinden zu sehen. Die Grundlage unserer Volkswirtschaft liegt in der Privatwirtschaft, die nicht zu verletzen ist. Es gilt das Wort am Portale des Hamburger Rathauses: Mögen die Nachkommen in würdiger Weise die Freiheit zu erhalten suchen, die ihre Väter geschaffen haben. (Beifall.)

Hg. Dr. Roefleke (Konl.):

Die Reichsschuld wächst uns ungemessene, und wir brauchen deshalb eine Kriegsschuldigung. Früher hat auch die Regierung eine Kriegsschuldigung verlangt. Aber jetzt können wir sagen: O alte Burschenherrlichkeit, wohin bist Du geschwunden! (Sehr gut! rechts.) Mindestens müssen unsere Feinde die Kosten der Kriegsverlängerung tragen. Noch am 27. Februar 1917 ist auch Dr. Spahn für Kriegsschuldigungen eingetreten. (Abg. Erzberger: Die Verhältnisse ändern sich.) Aber so schnell kann man sich doch nicht ändern! (Zurufe links: Sie allerdings nicht!) Dr. Spahn ist auch für reale Garantien in Belgien eingetreten. Die Kreise, die hinter uns stehen, sind größer, als Sie denken. Die Reichstagsmehrheit weiß selbst nicht, was sie will. Im Osten gilt das Selbstbestimmungsrecht der Völker, den Flamen aber wird es verweigert. Man will einen Frieden ohne Anzessionen, aber für Bulgarien und Ungarn soll das nicht gelten. Offenbar gelten die Bergzüge alle nur für Deutschland und nur für den Westen. Herr Erzberger hat uns hier Märchen über seine Person zum besten gegeben. Sie waren uns vollständig neu. (Zurufe links und im Str.: In Ihren Zeitungen hat es gestanden!) Wir tragen keine Verantwortung für das, was irgend jemand schreibt. Auch wir sind Gegner einer vergiftenden und persönlichen Kampfesweise. (Lachen links. — Abg. Dr. Strauß: „Deutsche Tageszeitung!“) Unsere Zeitungen pflegen den Geist der Vaterlandsliebe. (Lebhafter Widerspruch links. — Abg. Haußmann: Den Geist der Vergiftung! — Abg. v. Graefe: Der Schriftsteller des „Verl. Tagebl.“ meldet sich.)

Wir bekämpfen die Politik der Reichstagsmehrheit aus sachlichen Gründen, weil sie bei ihrem Beginn den Erfolg des U-Bootkrieges in Frage stellte, den Siegeswillen in unserem Volke tötete und letzten Endes kriegsverlängernd wirkt. (Bravol rechts.) Hinter uns stehen auch Anhänger des Zentrums, der Nationalliberalen, der Fortschrittler und selbst der Sozialdemokratie. (Abg. Wildgrube: Die Hansstädte, alle Handelskammern und die Universitäten!) Wir sind gegen weitere Friedensangebote, weil wir uns damit im Ausland nur lächerlich machen oder zeigen würden, daß wir den Frieden absolut notwendig haben. Herr Erzberger freilich will mit Lloyd George in wenigen Stunden einig werden. (Abg. v. Graefe: Der Weltfrieden in der Westentasche!) (Heiterkeit.) Wenn England jetzt einlenkt, so deutet es sich der deutschen Macht. (Zustimmung rechts.)

Wir lehnen die Herrschaft der Sozialdemokratie ab. Radikale Parteien werden niemals ganz zu befriedigen sein. (Zurufe links: Stehe Bund der Landwirte!) Wir wären viel weiter, wenn wir mit dem U-Boot-Krieg ein Jahr früher angefangen hätten. (Abg. Dr. Strauß: Das ist Tirpitz' Schuld!) Herr v. Odenburg hat im Felde seine Schuldigkeit getan und hat das Recht, seine Meinung zu äußern. Auch er ist schon angegriffen worden. Sie kennen sein Temperament. Der Kanzler, auf den man geschossen hat, war nicht der schlechteste: das war Bismarck. Es kommt darauf an, daß man keine Furcht hat. Wenn erst einmal bei Unruhen eingeschlagen wird, dann muß es gegenfeitig geschehen, sonst machen sich die Behörden des größten Verbrechens schuldig. (Sehr richtig! rechts.)

Was das Temperament anlangt, so hat ja auch Herr Scheidemann im vorigen Jahre mit der Revolution gedroht. (Abg. Scheidemann: Es ist Unfuss, was Sie sagen!) Herr Scheidemann hat erklärt, wenn die Regierung annexionsfische Kriegsziele verfolgte, dann habe sie die Revolution. (Abg. Scheidemann: Sehr richtig! — Rufe rechts: Na also. — Abg. Scheidemann: Stellen Sie sich doch nicht beschränkter als Sie sind!)

Der Bizekanzler hat als Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei gesprochen. Er ist auf die Anschauungen der Minderheit nicht eingegangen. Das zeigt uns, was wir vom parlamentarischen System zu erwarten haben. (Sehr richtig! rechts.) Die Herren von der Mehrheit sind schon jetzt über die wichtigsten Fragen verschiedener Meinung. Der Reichskanzler hat an uns die Aufforderung gerichtet, das Kriegsziel zu begraben und mit zu arbeiten. Dazu sind wir stets bereit, wenn es sich mit unserer Grundgedanken vereinigen läßt. Und wenn man nicht eine Politik treibt, die uns um der Sozialdemokraten willen ausschließt, (Lachen der Soz.) Wir werden unsere Pflicht gegenüber dem Vaterlande nicht vernachlässigen. (Sehr richtig! rechts.) Preußen will man in der Wahlrechtsfrage das Selbstbestimmungsrecht nicht gewähren. Früher hat hier der Zentrumsgewaltige Speck gegen die Einmütigkeit in bayerische Verhältnisse Einspruch erhoben. Wenn Sie das Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Bundesstaaten verrichten, dann zerstören Sie den Unterbau des ganzen Reiches.

Der Redner weist dann die Vorwürfe gegen den Großgrundbesitz zurück. Der Großgrundbesitzer hinterzieht nichts. Je größer der Besitz ist, desto geringer ist die Möglichkeit, etwas zurückzubehalten, weil überall Aufpasser sind.

Allein das Schwert kann uns den Frieden bringen. Durch Verständigung kommen wir nicht weiter. Im Osten sieht man, was ein festes Vorgehen nützen kann. In dem deutschnationalen Bewußtsein der Balten können sich viele Deutsche im Inlande ein Muster nehmen. (Sehr richtig! rechts.) Wir lernen von Feinde und bewundern auch das englische Nationalbewußtsein. Vor Drohungen darf die Regierung nicht zurücktreten. Wie der Expresseur immer unerschämter wird, wenn man ihm nachgibt, so ist es auch für die Regierung gefährlich, wenn sie vor Drohungen zurückweicht, sei es auf auferpolitischem oder auf innerem Gebiete. Wir hoffen, daß der Reichskanzler mit der Obersten Heeresleitung uns den Frieden erringen wird, der Deutschlands Zukunft sichert. (Beifall rechts.)

Hg. v. Schulze-Gaevernitz (Upt.):

Das deutsche Volk führt diesen Krieg als einen Freiheitskrieg. Wir kämpfen für das Weltgleichgewicht.

Wenn von Barbarei die Rede ist, dann brandmarken wir als Bandalismus die sinnlosen Fliegerangriffe unserer Feinde auf offene süddeutsche Städte, so auf Freiburg, wo bei einem Fliegerangriff ein großes Universitätsgebäude mit allen Apparaten und Sammlungen zerstört worden ist, in dem vor dem Kriege viele Ausländer die deutsche Gastfreundschaft genossen. (Hört! Hört! links.) Wir dürfen hierüber Beschwerde führen, denn uns ist es nie eingefallen, etwa Oxford mit Bomben zu belegen. In Karlsruhe fielen die Bomben in einen Birkus, in dem Hunderte von Kindern zu frohem Fest vereint waren. Ich behaupte, daß jeder, dem dabei ein Kind getötet oder verstümmelt worden ist, ein Helfer bleibt sein Bedauern. Aber die Vergeltung ist eine Schraube ohne Ende. Die psychologische Wirkung unserer Fliegerangriffe ist bei den Feinden dieselbe, die die ersten Fliegerangriffe auf die davon betroffenen Städte ausgeübt haben. So ergibt sich die Frage, ob es der Wärdigung des Kriegswahnsinn nicht am besten dienen würde, wenn durch ein internationales Abkommen alle Fliegerangriffe von einem gewissen Abstand hinter der Front überhaupt verboten würden. (Sehr richtig! links.)

Der Redner wandte sich gegen Odenburg-Jonushau, den er mit den Ratgebern des unglücklichen Jaren verglich, gegen die Anhebung des freien deutschen Wortes durch die Zensur und gegen die Kriegsgewinnsucht, die durch radikale Besteuerung getroffen werden muß.

In der heutigen Zeit bedeutet die Reform des preussischen Wahlrechts für uns die große Wassercheide, wo das alte vom neuen Deutschland geschieden ist: das Deutschland, dessen Quellgebiet im ostelbischen Hinterpommern liegt, und das Deutschland, dessen Wässer den reinen Firnen unserer großen deutschen Vorkämpfer entspringen. (Sehr gut! links.) Soll sich das Volk auch weiterhin von den Studierten und Examinierten nachweisen lassen, wo es der Schuh drückt, von Leuten, die das praktische Leben nicht kennen und vom Regen nicht nachgemacht werden, es sei denn, daß sie den Regensturm zu Hause gelassen haben. Können wir die Protration nicht erhöhen, so müssen wir wenigstens die Freiheitsstation erhöhen, und wir werden die Erfahrung machen, daß der Mensch nicht allein vom Brot lebt. In dem Tage, an welchem das allgemeine und gleiche Wahlrecht in Preußen Gesetz geworden ist, bricht auch ein guter Teil des angelsächsischen Kriegswillens in sich zusammen. Dieser Tag des deutschen Heimatfestes ist nicht mehr fern. Das allgemeine Wahlrecht ist für Preußen eine unentrichtbare Notwendigkeit. Wie denken sich die Konserativen die nächsten Wahlkämpfe, wenn sie Widerstand bis zum äußersten geleistet haben. Das vornehme englische Oberhaus hat den Kriegsnotwendigkeiten folgend die demokratischste Wahlreform der Welt angenommen, die den jüngsten Soldaten und sechs Millionen Frauen das Wahlrecht gibt.

Notwendig ist die Unabhängigkeit Elsaß-Lothringens innerhalb des Deutschen Reiches. Mit den Methoden des ostelbischen Obrigkeitstaates können wir nicht die Herzen eines Landes erweichen, dessen nächst zurückliegender geistiger Grund die französische Revolution ist. Wir verteidigen in Elsaß-Lothringen nicht ein geraubtes Kleinod, sondern ein lebendiges Glied am deutschen Volkstörper. Jetzt kommt es darauf an, die Zustimmung der Elsaßer für die innere deutsche Staatsordnung zu gewinnen. Die größte Befreiungstat ist uns durch den Sturz des Zarismus gelungen. Dafür wird uns ganz Europa einmal dankbar sein. Eine vierte Teilung Polens darf nicht erfolgen. Wir wollen der deutsche Nationalstaat bleiben, der wir sind. Um zu befehlen, müssen wir selber erst frei werden. (Sehr richtig!) und das Wort Fichtes bewahren. Nur derjenige ist frei, der alles um sich herum freimacht! (Erneute Zustimmung.) Freiheit und Vaterland gehören zusammen!

Das Haus vertagt sich.
Es folgen

persönliche Bemerkungen.

Abg. Erzberger (Str.): Dr. Roefleke hat behauptet, meine Voraussage über die Tätigkeit der U-Boote habe sich nicht bewährt. Das ist mir rätselhaft. Im Juli waren die sechs Monate von denen Herr v. Tirpitz und der Admiralstab gesprochen hatten, schon um (Widerspruch rechts.) Ach ja, Herr Tirpitz hat sogar noch sechs Wochen gesprochen.

Freitag, 12 Uhr, Anfragen, Weiterberatung, Gesetz über die Vermehrung der Zahl der Reichstagsabgeordneten.